

Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien - Positionen und Perspektiven¹

Olaf Winkel

In: Publizistik 2/2001, S. 140-161.

1 Einführung

Informationstechnische Neuerungen wie die Erfindung des Buchdrucks, des Telefons, des Radios und des Fernsehens haben die Voraussetzungen, Formen und Verfahren von Politik in der Vergangenheit immer wieder nachhaltig beeinflusst. Gegenwärtig befinden wir uns im Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft. Dieser zeichnet sich sowohl dadurch aus, dass immer mehr wesentliche gesellschaftliche Funktionen über elektronische Netzwerke abgewickelt werden, als auch dadurch, dass auf die Informationsexplosion im wissenschaftlichen Bereich eine Informationsexplosion im Alltagsleben folgt. Auch die Frage nach den Perspektiven der modernen Demokratie, deren wissenschaftliche Behandlung schwerpunktmäßig an der Schnittstelle von Politik- und Kommunikationswissenschaft angesiedelt ist, gewinnt vor diesem Hintergrund eine neue Bedeutung und neue Facetten. In der vorliegenden Arbeit wird die kontroverse Diskussion, die seit Anfang der Neunziger Jahre um die demokratischen Potenziale der neuen Informationstechnologien geführt worden ist, in ihren wesentlichen Argumentationslinien aufgearbeitet und einer kritischen Würdigung unterzogen.

2 Demokratische Willensbildung und politische Öffentlichkeit

In modernen Gesellschaften, deren Wertkonsens in den Menschenrechten gründet, ist Politik nur als demokratische Politik denkbar. Rückt man den prozessualen Aspekt von Politik in einer pluralismustheoretischen Lesart in den Vordergrund, lassen sich drei Stufen des demokratischen Willensbildungsprozesses idealtypisch unterscheiden, die nicht nur im staatlichen, sondern auch im vorstaatlichen Raum angesiedelt sind (vgl. Kevenhörster 1997: 43 f.): Auf der ersten Stufe werden politische und politisch relevante Informationen und Impulse aufgenommen, auf der zweiten Stufe kommt es zur Aufdeckung und zum Abgleich der Wahrnehmungen und Interessen unterschiedlicher Akteure und zur Formulierung der politischen Agenda, und auf der dritten Stufe mündet die Willensbildung in die Entscheidungsphase ein. Dabei stellt die Einschaltung eines Repräsentationsorgans in den modernen Massendemokratien die Regel und das direkte Votum der souveränen Bürgerschaft die Ausnahme dar. Das Funktionieren des demokratischen Willensbildungsprozesses erfordert auf sozialpsychologischer Ebene das Vorliegen spezifischer Einstellungen und Verhaltensmuster,

¹ Der Autor ist Professor an der FHVR Berlin. Zudem ist er nebenamtlicher Leiter der Forschungsstelle für IT-Innovation und IT-Sicherheit an der WWU Münster und Mitglied im Forschungsverbund Datensicherheit NRW. Die Arbeiten, die zu der vorliegenden Publikation geführt haben, wurden vom MSWF NRW finanziell gefördert.

die in ihrer Gesamtheit die politische Kultur einer Gesellschaft ausmachen (vgl. Barber 1994; Sontheimer/Bleek 1997: 178).

Unverzichtbare Voraussetzung der demokratischen Willensbildung ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Als privates Phänomen ist Politik undenkbar, weil dies ihrer eigenen Definition widersprechen würde. Als Formen von Öffentlichkeit, die als Träger des demokratischen Prozesses in Betracht kommen, lassen sich die Gruppenöffentlichkeit, die Versammlungsöffentlichkeit und die durch das Fernsehen dominierte massenmediale Öffentlichkeit unterscheiden (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990). Es ist offensichtlich, dass die massenmediale Öffentlichkeit diejenige Form von Öffentlichkeit darstellt, auf die es unter den Bedingungen des Flächenstaates und der Massengesellschaft auch unter politischen Aspekten in entscheidendem Maße ankommt. Dabei erschöpft sich die Rolle der Massenmedien "als Funktionsvoraussetzung" (Kleinsteuber 1991: 372) der repräsentativen Demokratie bekanntlich nicht darin, die Repräsentierten über das Handeln der Repräsentanten aufzuklären und den Repräsentanten eine Vorstellung von den Einstellungen, Interessen und Bedürfnissen der Repräsentierten zu vermitteln. Vielmehr haben die Massenmedien auch die Funktion von Wirkfaktoren, d.h. in einem gewissen Sinne auch von Akteuren im demokratischen Prozess, was sowohl positive als auch negative Effekte mit sich bringt (zu den positiven Effekten vgl. Kevenhörster 1997: 166 f.; Kleinsteuber 1991: 372). Zu den Problemen, die man gemeinhin auf die Medialisierung von Politik zurückführt, zählen die Gefahr der Manipulation von Wahrnehmungen und Meinungen durch die Ausnutzung der Überlegenheit, welche die Einwegkommunikation den Kommunikatoren gegenüber den Rezipienten bietet (vgl. Schulz 1997: 11; Wolf 1997: 26 f.), die Gefahr der Ausgrenzung von Themen, welche den Medienformaten und insbesondere dem Fernsehformat nicht gerecht werden (vgl. Marschall 1997: 307; Schulz 1997: 10), und nicht zuletzt die damit verbundene Gefahr, dass wesentliche gesellschaftliche Probleme wegen des Überhandnehmens von symbolischer Politik auf Kosten materieller Politik nicht adäquat bearbeitet werden können (vgl. Sarcinelli 1987; Kaase 1998: 48 f.; Holtz-Bacha 1997: 18; Tenscher 1998: 185 f.). In dem Maße, wie die Netzwerkkommunikation sich in der Lage erweist, das Fernsehen in seiner politischen Leitfunktion herauszufordern, ergeben sich vielleicht neue Chancen, die geschilderten Mängel abzubauen (zu den normativen Implikationen vgl. Vowe 1999: 403 f.).

3 Neue Informationstechnologien

In der virtuellen Welt der Netze lassen sich Formen der Einwegkommunikation und der interaktiven Kommunikation gleichermaßen realisieren. Auch droht hier eine Überformung von Inhalten durch mediale Eigengesetzlichkeiten, die in der herkömmlichen Massenkommunikation ein unvermeidliches Übel darstellt, kaum. Vielmehr entscheiden in der Netzwerkkommunikation weniger die Merkmale des Übertragungssystems über die Auswahl und Aufbereitung von Inhalten als die Merkmale der zu übermittelnden Inhalte und die Anforderungen der Kommunikationsteilnehmer über die Wahl einer Übertragungsform. Die neuen Informationstechnologien zeichnen sich gegenüber den herkömmlichen nämlich auch dadurch aus, dass sie den Anwendern die Möglichkeit bieten, Informationen in der gesamten Breite der Präsentati-

onsformen von Daten, Text, Bild und Sprache ganzheitlich und am eigenen Bedarf orientiert zu verarbeiten, zu bearbeiten, zu speichern und zu übertragen.

Weitere Eigenschaften der digitalen Netzwerkkommunikation sind ihre prinzipielle Zugangsoffenheit, ihre immense Effektivität, Effizienz und Geschwindigkeit, ihre globale Ausrichtung und die hohe Dynamik ihrer Ausbreitung. Hinzu kommt, dass sich inzwischen auch in offenen Netzwerken wie dem Internet eine vertrauliche und verbindliche Kommunikation realisieren lässt. Dies ist auf die Entwicklung und Verbreitung der elektronischen Kryptographie in den Varianten der Vertraulichkeitsschützenden Verschlüsselung und der digitalen Signatur zurückzuführen, deren Bedeutung für die Infrastruktur der Informationsgesellschaft kaum überschätzt werden kann (vgl. Winkel 1997/2000: 24 f.). Nicht nur wirtschaftliche Transaktionen, wie sie gemeinhin mit Schlagworten wie Electronic Commerce oder Electronic Business verbunden werden, lassen sich auf dieser Basis realisieren. Ebenfalls möglich werden – über die Stufen der politischen Information und des Diskurses hinausgehend – neue Formen von Wahlen und Abstimmungen. Dabei kommt der digitalen Signatur die Aufgabe zu, eine zuverlässige Zuordnung von Wahlstimmen und Wählenden zu gewährleisten, und der Vertraulichkeitsschützenden Verschlüsselung die Funktion, das Wahlgeheimnis zu sichern.

Im Unterschied zu den meisten anderen technischen Neuerungen richten sich informationstechnische Innovationen unmittelbar auf die Veränderung der gesellschaftlichen Elementaroperation der Kommunikation und damit auf die Veränderung der Gesellschaft selbst (vgl. Ahlemeyer 1990: 193). In der Diskussion um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien, für die in der gesellschaftlichen Wahrnehmung insbesondere das Internet steht, wird allerdings weniger die "Kommunikation im allgemeinen" (Kaase 1991: 366) als die Kommunikation im Dreieck von Politik, Bevölkerung und Medien in den Vordergrund gerückt. Dies führt dazu, dass die Folgen, die der technisch induzierte Strukturwandel der Öffentlichkeit für den demokratischen Willensbildungsprozess mit sich bringt, hier als das zentrale Problem gehandelt werden. Mit der zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher Funktionen auf interaktive Netzwerke multimedialer Ausrichtung verlieren die Kategorien von Öffentlichkeit und Privatheit jedoch ebenso an Bedeutung wie die Eigenschaften und Grenzen von Medien und Telekommunikationsdiensten.

4 Die kontroversen Positionen

Die bis heute andauernde Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien und damit auch um die Perspektiven von "Politik im elektronischen Zeitalter" (Kevenhörster 1984) hat sich Anfang der Neunziger Jahre in den Vereinigten Staaten entzündet, wobei wesentliche Impulse aus der Netzwelt selbst kamen. Die politische Selbstreflexion der Netzwerkkommunikation stimulierte nicht nur die Sozialwissenschaften, sondern rief auch in den überkommenen Massenmedien zunehmende Resonanz hervor. Besondere Aufmerksamkeit fand dabei die Blue Ribbon Campaign, in deren Verlauf es einer libertär bis radikaldemokratisch ausgerichteten digitalen Bürgerbewegung gelang, den Bestrebungen der US-Regierung, vertraulichkeitsschützende elektronische Verschlüsselung durch die Lan-

cierung des sogenannten Clipper-Chip zu beschränken, einen Riegel vorzuschieben (vgl. Leggewie 1998a: 34; Winkel 1997: 570).

Seit Mitte der neunziger Jahre wird die Thematik auch in Deutschland systematisch verfolgt. Dies äußerte sich unter anderem auch in einer Vielzahl von Tagungen und Konferenzen (vgl. Winkel 1999a/1999b: 112 f.), die zum großen Teil von Vertretern der deutschen Politik- und Kommunikationswissenschaft initiiert und ausgerichtet worden sind.

Dass sich die Positionen, die in den letzten Jahren in der Diskussion um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien vertreten worden sind, alles andere als einheitlich und übersichtlich darstellen, liegt in Anbetracht der Komplexität und der Bedeutung des Gegenstandes auf der Hand. Insbesondere an den neuen Möglichkeiten der demokratischen Entscheidungsfindung haben sich heftige Auseinandersetzungen entzündet. Dabei hat man zuerst die Wahlen, dann aber mit gutem Grund auch andere Entscheidungsformen in den Blick genommen. Wo eine technische Infrastruktur für elektronische Wahlen vorhanden ist, sind natürlich auch andere Formen der politischen Entscheidungen prinzipiell realisierbar, d.h. auch direktdemokratische Verfahren in der Form von ergebnisverbindlichen Diskursen und Plebisziten. Auf abstraktem Niveau lassen sich daher zwei Ebenen der Kontroverse um die demokratischen Potenziale der neuen Informationstechnologien unterscheiden. Die eine ist die demokratietechnische Ebene, auf der die Verlagerung herkömmlicher politischer Willensbildungsprozesse auf elektronische Netzwerke thematisiert wird. Die andere ist die demokratiepolitische Ebene, auf der nicht zuletzt die ungleich brisantere Frage nach einer möglichen Anreicherung des repräsentativen Systems um neue Entscheidungsverfahren zur Diskussion steht.

Zur Beschreibung und Bewertung der Kontroverse um die demokratischen Potenziale der neuen Informationstechnologien bietet es sich an, auf eine analytische Dreiteilung zurückzugreifen, die von Hubertus Buchstein (1996) stammt. Danach lassen sich in diesem Diskurs drei Lager idealtypisch unterscheiden, und zwar das Lager der Netzoptimisten, in dem die Überzeugung herrscht, dass die Verbreitung der neuen Technologien grundsätzlich partizipationsfördernd wirkt, das Lager der Netzneutralisten, die die Auswirkungen dieser Innovationen für das politische System und die politische Kultur für ambivalent halten, und das Lager der Netzpessimisten, die in diametralem Gegensatz zur optimistischen Position davon ausgehen, dass die Verbreitung der neuen Technologien der modernen Demokratie nicht zuträglich bzw. sogar eher abträglich ist.²

4.1 Netzoptimismus

Esther Dyson (1997), Nicholas Negroponte (1995), Howard Rheingold (1991) und Alvin Toffler (1993) zählen zu den prominenten Autoren, die man schwerpunktmäßig der optimistischen Position zuordnen kann. Deutsche Stimmen spielen hier nur eine

² Die folgenden Ausführungen zur Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien bieten allerdings nur eine holzschnittartige Übersicht: Sie sind weder so breit angelegt, dass sie den Diskurs in seiner gesamten Komplexität widerspiegeln können, noch so detailliert gefasst, dass sie den differenzierten Positionen einzelner Autorinnen und Autoren in vollem Umfang gerecht werden können. Weitgehend ausgeblendet bleiben auch die Modifikationen, die diese Positionen im Laufe der Zeit durchlaufen haben.

untergeordnete Rolle, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Diskussion um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien zu den Hochzeiten des Netzoptimismus noch vorwiegend in den USA geführt wurde.

4.1.1 Das Lagebild der Optimisten

Die Netzoptimisten verbindet die Zuversicht, dass die Verbreitung der neuen Informationstechnologien schon wegen deren spezifischer Beschaffenheit geeignet ist, Entwicklungen auszulösen, die auch zu Verbesserungen im Bereich der politischen Partizipation führen. Dabei verweisen sie auf die eingangs aufgeführten Eigenschaften der neuen Informationstechnologien: Es wird hervorgehoben, dass die Netzwerkkommunikation grundsätzlich einen komfortablen, ungefilterten, kostengünstigen und universellen Zugang zu politischen Informationen und Prozessen ermöglicht, und dass sie der politischen Einwegkommunikation der Massenmedien eine Zweiwegkommunikation entgegensetzt. Die positiven Erwartungen der meisten Autoren richten sich dabei auf alle Ebenen des demokratischen Prozesses: Auf der Stufe der Information erleichterten die neuen Technologien den Zugriff auf politische und behördliche Dokumente aller Art, auf der Stufe des Diskurses eröffneten sie vielfältige zusätzliche Wege für Bürgerinnen und Bürger, untereinander und mit Politikern in Verbindung zu treten, und auf der Stufe der Entscheidung böten sie nicht nur die Chance, herkömmliche Wahlprozeduren durch virtuelle zu ersetzen, sondern auch die Möglichkeit, in einzelnen Bereichen repräsentative Verfahren durch direktdemokratische zu ersetzen (vgl. Rheingold 1991; Toffler 1993).

4.1.2 Die Empfehlungen der Optimisten

Aus der geschilderten Lageeinschätzung leiten die Anhänger der optimistischen Position allerdings partiell abweichende Schlussfolgerungen und Empfehlungen ab. In dieser Hinsicht lassen sich – über Buchsteins Kategorisierung hinausgehend – drei Untervarianten des Netzoptimismus idealtypisch unterscheiden, nämlich eine marktorientierte und eine zivilgesellschaftlich ausgerichtete Spielart sowie ein Ansatz, der primär von einer Verbesserung der demokratischen Repräsentation durch die Erhöhung von Transparenz und Responsivität ausgeht (vgl. Winkel 1999b: 28 f.).

In der marktorientierten Untervariante, für die neben Esther Dyson (vgl. Dyson 1997; auch Dyson/Leggewie 1998) nicht zuletzt auch John P. Barlow (1998) steht, mündet die optimistische Lageeinschätzung in die Empfehlung, das Internet weitgehend sich selbst und damit vor allem dem wirtschaftlichen Wettbewerb zu überlassen: Wenn sich die staatlichen Interventionen auf ein Minimum beschränken und die Ausfüllung des dadurch entstehenden Vakuums dem Markt überlassen bleibe, werde das Netz nicht nur seine ökonomischen, sondern auch seine politischen Potenziale quasi im Selbstlauf entfalten. Der marktorientierte Netzoptimismus ist von führenden Politikern und Wirtschaftsvertretern der Vereinigten Staaten geradezu zu einem Glaubensbekenntnis erhoben worden (vgl. Buchstein 1996: 585; Siegele 1996).

Zu den Verfechtern der zivilgesellschaftlich ausgerichteten Spielart des Netzoptimismus gehören neben Howard Rheingold – der das “demokratische Potenzial” der interaktiven Informationstechnologien mit dem “des Alphabets und des Buchdrucks”

(Rheingold 1994: 324) vergleicht und Anzeichen für einen “kolossalen Machtwechsel” (Rheingold 1998: 192) zu erkennen glaubt – unter anderem auch Seyla Benhabib (1994) und John Katz (1995). Wie die Protagonisten eines marktorientierten Netzoptimismus empfehlen diese einen weitgehenden Verzicht des Staates auf direkte Interventionen zur Ausgestaltung der Netzwelt. Von einem marktorientierten Netzoptimismus unterscheidet die Anhänger dieses Ansatzes aber, dass sie nicht von einer vorwiegend marktförmigen, sondern von einer vorwiegend zivilgesellschaftlichen Ausfüllung der sich auf diese Weise ergebenden Freiräume ausgehen. Sowohl im Hinblick auf die Gestaltung der Netzwerke als auch auf die Gestaltung der Informationsgesellschaft insgesamt propagieren sie das Leitbild einer global orientierten Beratungsdemokratie, die als Ergänzung oder Konkurrenz neben die repräsentative Demokratie treten soll. Tenor derartiger Aussagen ist, dass die Teilnehmersituation im Internet als einem modernen “Medium deliberativer Demokratie” (Benhabib 1994: 30) in vielerlei Hinsicht der idealen Sprechsituation der Diskurstheorie (vgl. Habermas 1985: 162) gleichkomme, was dazu führe, dass mit der zunehmenden Ausbreitung der Netzwerke auch bisher unterrepräsentierte Interessen Zugang zur politischen Agenda finden könnten.

Weniger spektakulär als der normativ begründete zivilgesellschaftliche Ansatz und dennoch in seinen Wirkungen nicht zu unterschätzen ist die unter anderem von James Snider (1994) vertretene Subvariante des Netzoptimismus, die im wesentlichen auf die Verbesserung der demokratischen Repräsentation über eine technisch induzierte Erhöhung von Responsivität und Transparenz abstellt (vgl. auch Sarcinelli 1997: 324 f.; Wittkämper 1988).³ Aus einem solchen Blickwinkel erscheinen die informationstechnischen Innovationen vor allem aus zwei Gründen als Neuerungen, die der modernen Demokratie zuträglich sind: Erstens deshalb, weil die erweiterten Zugriffsmöglichkeiten auf politische und politisch relevante Informationen dazu dienen können, den Kenntnisstand der Repräsentierten über gesellschaftliche Problemlagen und das Handeln der Repräsentanten zu verbessern, und zweitens deshalb, weil Newsgroups, Chatgroups und insbesondere die elektronische Post neue Wege eröffnen, um die Repräsentanten mit den Anforderungen der Repräsentierten zu konfrontieren.

4.2 Netzneutralismus

Benjamin Barber (1995) aus den USA sowie Herbert Kubicek (1998b), Alexander Roßnagel (1996) und Claus Leggewie (1998a) aus der Bundesrepublik gehören zu den einer breiteren Fachöffentlichkeit bekannten Autoren, die die Auswirkungen der informationstechnischen Innovationen auf das politische System und die politische Kultur für ambivalent halten, d.h. die davon ausgehen, dass der modernen Demokra-

³ Responsivität definiert die Repräsentationstheorie als stetige Rückkopplung des politischen Handelns der Repräsentanten an die Interessen der Repräsentierten (vgl. Sarcinelli 1997: 324 f.; Uppendahl 1981). Als Voraussetzung einer gelungenen Rückkopplung gilt dabei, dass nicht nur die Repräsentierten wissen, was die Repräsentanten tun, sondern auch, dass die Repräsentanten wissen, wie sich die Interessen und Probleme der Repräsentierten darstellen. Auf diese Weise verbindet sich das Postulat der Responsivität mit dem der Transparenz, zu verstehen als “Grad der Nachvollziehbarkeit und Durchschaubarkeit” (Steffani 1979: 144) von Strukturen und Prozessen.

tie aus der Ausdehnung der Netzwerkkommunikation gleichermaßen Chancen und Risiken erwachsen.

4.2.1 Das Lagebild der Neutralisten

Den Ambivalenzgedanken umreißt Leggewie (1998a: 48) mit folgenden Worten: “Gut informierte, deliberationsfähige und beteiligungswillige Bürger werden mehr Raum im Cyberspace bekommen, wenn sich das Internet, ähnlich wie das Fernsehen seit den fünfziger Jahren, zum Massenmedium entwickelt, und wenn sie die niemals ganz zu verschließenden Spielräume zugleich als Netizens artikulieren. Politische Öffentlichkeiten waren stets Angelegenheit einer Minderheit von Aktivbürgern und wurden nur erweitert unter dem Druck sozialer Bewegungen. Das technische Potenzial der Netze liegt bereit, um einen eventuellen Beteiligungsschub von unten zu fördern und die Repolitisierung des Internet einzuleiten. Geschieht dies nicht, liegen faszinierende Möglichkeiten größerer Beteiligung, intelligenter politischer Kommunikation und direkter Demokratie brach.” Barber (1998: 131 f.) bringt die neutralistische Grundüberzeugung, dass eine Technologie keine ihr angemessene Form von Demokratie hervorbringen könne, und dass vielmehr die Demokratie eine ihr angemessene Technologie schaffen müsse, folgendermaßen zum Ausdruck: “Wenn wir dem nächsten Jahrtausend – in dem höchstwahrscheinlich unser Leben von Technologie beherrscht werden wird wie nie zuvor – die Demokratie bewahren wollen, dann müssen die bittersüßen Früchte der Wissenschaft unseren demokratischen Zielen untergeordnet und dazu gebracht werden, die kostbaren demokratischen Prozesse zu erleichtern und nicht zu unterminieren. Und ob dies gelingt, wird nicht von dem Charakter unserer Technologie abhängen, sondern von der Qualität unserer politischen Institutionen und dem Charakter unserer Bürger.”

Chancen, die Netzwerke in den Dienst der Verbesserung des politischen Systems und der politischen Kultur zu stellen, sehen die Verfechter der Ambivalenzthese wie die Netzoptimisten in der Regel auf allen Ebenen des demokratischen Prozesses. Das Spektrum der möglichen Fehlentwicklungen, die nach Ansicht der Netzneutralisten die Kehrseite der Medaille bilden, ist allerdings nicht minder breit: Sie warnen vor der Gefahr einer neuen sozialen Segmentierung, vor der Gefahr der Diskriminierung von Kommunikationsteilnehmern mit unliebsamen politischen Einstellungen, vor der Gefahr einer wachsenden verbalen Aggression bis hin zur Verbreitung verfassungsfeindlichen Materials, vor der Gefahr eines Verlustes an politischer Orientierung, der sowohl eine Aushöhlung politischer Handlungsfähigkeit als auch das Vordringen populistischer Strömungen zur Folge haben könne, vor der Gefahr eines Zerfalls der politischen Öffentlichkeit und schließlich vor der Gefahr einer Verschüttung der partizipatorischen Potenziale der neuen Technologien als Ergebnis einer umfassenden Kommerzialisierung der Netzwerkkommunikation.

Zu den besonders häufig vorgebrachten Einwänden zählt der Hinweis auf eine drohende soziale Segmentierung mit bedenklichen Auswirkungen für den politischen Prozess (vgl. Kubicek 1999; Leggewie 1998a: 40): Da das Wissen, die Einstellung und die technischen Mittel, die die Voraussetzungen für die Nutzung informationstechnischer Systeme darstellten, nicht überall in gleichem Maße vorhanden seien, könne eine zunehmende Abwicklung grundlegender politischer Funktionen über

digitale Netze leicht zu einer politischen Benachteiligung oder sogar Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung führen. Unterstützt wird diese These durch unterschiedliche empirische Befunde, die unter anderem belegen, dass Internetteilnehmer nach wie vor zum überwiegenden Teil Männer, Weiße, Akademiker, relativ junge Menschen und Bewohner Nordamerikas und Westeuropas sind (vgl. German 1996: 21; Hagen 1996: 80; Stoll 1995: 112).

Ein anderer Einwand nimmt Bezug auf die Metapher vom "gläsernen Bürger": Da Informationszugriffe und Kommunikationsprozesse in den Netzwerken Spuren hinterließen, die von staatlichen und wirtschaftlichen Eliten ausgewertet und zur Erstellung von Kommunikationsprofilen, Persönlichkeitsprofilen und Politikpräferenzprofilen missbraucht werden könnten, sei es prinzipiell möglich, Kommunikationsteilnehmer mit unerwünschten politischen Einstellungen zu identifizieren, zu disziplinieren und zu diskriminieren (vgl. Winkel 1997: 578/582). Auf der anderen Seite sei aber auch eine Entwicklung denkbar, in deren Verlauf die Teilnehmer ihre Kommunikationsbeziehungen zunehmend mit moderner Schlüsseltechnik sicherten und immer mehr Meinungsäußerungen anonym erfolgten, was ebenfalls Probleme mit sich bringen könne. Auf diese Weise würde nämlich nicht nur einer Tendenz zu wachsender verbaler Aggression Vorschub geleistet, sondern auch die Verbreitung von kriminellem und verfassungsfeindlichem Material begünstigt.

Außerdem geben die Verfechter der Ambivalenzthese zu bedenken, dass ein Überfluss an Informationen ebenso wie ein Mangel an Informationen bei Bürgerinnen und Bürgern zum Verlust von politischer Orientierung und damit auch von politischer Handlungsfähigkeit führen könne. Die "pragmatische Selektion von Information" sei sowohl die "schlichte Voraussetzung", als auch die "Kunst des gut informierten Bürgers" (Leggewie 1998a: 40). Während es außerhalb der Netze vielfältige Hilfestellungen zur Filterung und Auswahl von Informationen gebe, die das Individuum in die Lage versetzten, Wichtiges von Unwichtigem, Plausibles von Unsinnigem und Verlässliches von Nichtverlässlichem zu unterscheiden, mangle es in der virtuellen Welt aber an entsprechenden Instanzen und Instrumenten, so dass man dort einer unüberschaubaren Informationsflut ausgesetzt sei. Die vor diesem Hintergrund drohenden Orientierungsverluste seien auch deshalb bedenklich, weil sie irrationalen populistischen Strömungen die Chance böten, ihren Einfluss auf die Bevölkerung über das Anbieten von Orientierung auszubauen.

Mit besonderem Nachdruck verweisen die Neutralisten auf den Umstand, dass die zunehmende Ausbreitung der Netzwerkkommunikation eine rasante Vermehrung von Subkulturen und eine "Zerfaserung des öffentlichen Raumes in unverbundene Teilöffentlichkeiten" (Leggewie 1998a: 19) begünstigt. Diese Entwicklung könne letztlich sogar zu einer Auflösung der öffentlichen Sphäre und damit zum Wegfall einer konstituierenden Bedingung von demokratischer Politik führen.

Für ebenso existentiell halten Verfechter der Ambivalenzthese die Gefahr, dass die partizipatorischen Potenziale der neuen Technologien in der Folge einer zunehmenden Kommerzialisierung der Netzwerke und der damit einhergehenden Prozesse der wirtschaftlichen Monopolisierung und der inhaltlichen Nivellierung verschüttet werden. In dem Maße, wie die Unternehmen Gelegenheit erhielten, ihre geschäftlichen Aktivitäten auf die Netzwerke auszudehnen, und in dem Maße, wie im Laufe eines zunehmenden "Fusionswahnsinns" (Barber 1995: 137) private Monopole an die Stel-

le staatlicher träten, verändere sich der Charakter des Mediums in der Weise, dass politische Informationen zunehmend durch eine Fülle von Trivialinformationen erstickt und die kommunizierenden Bürger durch die Zwischenschaltung kommerzieller Instanzen Uniformisierungstendenzen unterworfen und einander entfremdet würden. Auch wenn es gelingen sollte, in den Netzwerken eine öffentliche Sphäre aufrechtzuhalten, wäre diese unter den Bedingungen eines “kommerziellen Totalitarismus” (Barber 1998: 127) kein Raum des politischen Diskurses, sondern ein Raum, in dem die “schlimmsten Imperative von McWorld” (Barber 1995: 270) regierten, und in dem der “Konsum das einzige relevante menschliche Verhalten” (Barber 1998: 130) darstelle.

4.2.2 Die Empfehlungen der Neutralisten

Aus dem neutralistischen Blickwinkel kommt es im Übergang zum Stadium der digitalisierten Informationsgesellschaft darauf an, durch geeignete Weichenstellungen und Maßnahmen auf die Maximierung der Chancen und die Minimierung der Risiken hinzuarbeiten, die mit dem informationstechnischen Wandel einhergehen. Dabei gibt es im neutralistischen Lager wie im Lager der Netzoptimisten sowohl Stimmen, die für die Anreicherung des repräsentativen Systems um diskursive und plebiszitäre Komponenten plädieren, als auch Stimmen, die eher repräsentationsverhaftet argumentieren.

In Anbetracht der skeptischen Haltung, die Netzneutralisten gegenüber der sich seit geraumer Zeit immer deutlicher abzeichnenden Tendenz zur Kommerzialisierung der virtuellen Welt (vgl. OECD 1999; Thome/Schinzer 1997; Winkel 1998) einnehmen, ist es kaum verwunderlich, dass man in diesem Lager für eine mehrdimensional angelegte Organisation der Netzwerkkommunikation plädiert, nämlich für eine Mischlösung zwischen Markt, Macht und Gesellschaft (vgl. Dierkes 1986).

Einhellig geteilt wird im neutralistischen Lager auch die Überzeugung, dass man der Gefahr von politischen Ausgrenzungen durch infrastrukturpolitische Maßnahmen begegnen sollte, die auf die Gewährleistung eines allgemeinen Netzzuganges und die Erhöhung der Medienkompetenz in allen Schichten der Bevölkerung abzielen. Die Bemühungen, die deutschen Schulen umfassend in die Netzwerkkommunikation einzubinden, sind praktischer Ausdruck eines solchen Denkens.

Die Gefahr der Identifizierung und Disziplinierung von Kommunikationsteilnehmern, deren politische Einstellungen staatlichen Entscheidungsträgern oder gesellschaftlichen Eliten missfallen, will man durch den Einsatz elektronischer Schlüsseltechnik bannen (vgl. Winkel 2000: 27).

Als Mittel, um die Teilnehmer zu einem toleranten Miteinander zu bewegen und sexistische, rassistische und gewaltverherrlichende Inhalte so weit wie möglich aus den Netzen zu verbannen, sind staatliche Zwangsmaßnahmen, überstaatliche Regime und die Einführung von Etikettensystemen ebenso in der Diskussion wie die weitere Durchsetzung eines ethisch fundierten Verhaltenskodexes, der sogenannten Netikette (vgl. Kopp 1998: 89).

Der Gefahr von politischen Orientierungsverlusten, die aus einer Überflutung mit ungefilterten Informationen erwachsen, will man durch die Etablierung geeigneter Selektionsmechanismen in den Netzwerken entgegenwirken. Zu diesem Zweck kom-

me die Schaffung von Metamedien nach dem Vorbild von Programmzeitschriften und Bibliographien und insbesondere die Etablierung von elektronischen Zeitungen und virtuellen Diskussionsforen in Betracht, die von verantwortlichen Herausgebern und Moderatoren betreut werden (vgl. Gröndahl 1998; Hauffe 1998: 148 f.). Einrichtungen dieser Art sollen auch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass das Vordringen irrationaler und populistischer Strömungen in den Netzwerken verhindert und die Gefahr eines Zerfalls der öffentlichen Sphäre gebannt wird.

Voraussetzung dafür, dass die informationstechnischen Potenziale für die Fortentwicklung der modernen Demokratie produktiv gemacht und die aus der bedrohlichen Synergie von Kommerzialisierung, Desintegration und Fragmentierung erwachsenden Gefahren entschärft werden können, ist nach Ansicht der Neutralisten, dass der Staat im informationstechnischen Wandel – nicht nur, aber auch als Gegengewicht zur Wirtschaft (vgl. Leggewie 1998b) – eine aktive Rolle einnimmt. Dabei soll er allerdings nicht in herkömmlicher Manier primär regulierend agieren, sondern geeignete Rahmenbedingungen für eine sozialverträgliche Techniknutzung schaffen, Moderationsaufgaben übernehmen, die Entstehung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher und politischer Vernetzungsprozesse unterstützen und nichtkommerzielle Anwendungen fördern (vgl. Leggewie 1998a: 21 f.; Roßnagel 1995/1996). In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung erhoben, in der virtuellen Welt der Netze müssten Bedingungen geschaffen werden, wie man sie aus dem dualen Rundfunksystem kennt, das bekanntlich eine Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten vorsieht (vgl. insb. Leggewie 1998a: 22; auch Danilenko 1998: 56; Gellner 1998: 23).

4.3 Netzpessimismus

Zu den Netzpessimisten zählt der US-amerikanische Kommunikationswissenschaftler Philip Agre (1997). Für die Bundesrepublik ist hier etwa Hubertus Buchstein (1996) zu nennen, auf den die Kategorientrias Netzoptimismus, Netzneutralismus und Netzpessimismus zurückgeht.

4.3.1 Das Lagebild der Pessimisten

Die Netzpessimisten gehen nicht davon aus, dass den interaktiven Informationstechnologien nennenswerte partizipatorische Potenziale innewohnen, sondern vielmehr davon, dass eine umfassende Übertragung politischer Funktionen auf die Netzwerke sogar äußerst bedenkliche Folgen zeitigen könnte. Aus ihrer Sicht machen die spezifischen Eigenschaften der interaktiven Informationstechnologien, auf denen die Hoffnungen der Optimisten ruhen, den Cyberspace in ihrer Summe und in ihrem Zusammenwirken zu einem Raum, dessen Strukturen in vielerlei Hinsicht nicht mit den Standards der modernen Demokratie zu vereinbaren sind, und in einem gewissen Sinne auch zu einer Welt der schlechten Alternativen, in der sich eine Fehlentwicklung oft nur unter Inkaufnahme einer anderen ebenso gravierenden verhindern lässt.

So sei es in der von dem Prinzip des Entweder-oder geprägten Netzwelt zwar möglich, eine Informationsüberflutung mit negativen Auswirkungen für die politische Orientierung von Bürgerinnen und Bürgern durch die "Etablierung neuer Knoten"

(Buchstein 1996: 599), d.h. durch die Schaffung netzinterner Selektionsinstanzen zu verhindern. Dies ziehe aber notgedrungen einen Zerfall der politischen Öffentlichkeit nach sich, da die Selektionsinstanzen selbst zu den Triebkräften der kulturellen Ausdifferenzierung gehörten, die dem Zerfall der Öffentlichkeit zugrunde lägen. Zur Untermauerung dieses Argumentes wird auf Erfahrungen verwiesen, die in der Vergangenheit mit elektronischen Zeitungen gesammelt worden sind. Eine solche werde “nicht als Zeitung gelesen, die dazu animiert, auch Artikel aufzunehmen, für die man sich aufgrund des Titels nicht sofort interessiert”, sondern “vielmehr gezielt auf diejenigen Artikel durchgeklickt, die den eigenen Interessen unmittelbar entgegenkommen” (Buchstein 1996: 599). Was über die individuellen Wahrnehmungsprioritäten und Informationsbedürfnisse hinausgehe und daher für die Aufrechterhaltung eines kollektiven gesellschaftlichen Aufmerksamkeitsfokusses und Wissensbestandes konstituierend sei, bleibe ausgeblendet. Unter derartigen Umständen könne hier nur eines gewährleistet werden, entweder politische Orientierung im Netz, die Bürgerinnen und Bürger von einem Rückzug aus dem politischen Bereich abhalte und vor einer Vereinnahmung durch populistische Strömungen bewahre, oder die Aufrechterhaltung einer öffentlichen Sphäre. Beides zusammen sei nicht zu haben.

Ebenso deutlich erweise sich der Umstand, dass die Netzwerkkommunikation in vielerlei Hinsicht eine Welt der schlechten Alternativen darstelle, in der Frage der elektronischen Verschlüsselung, die einen hermetischen Vertraulichkeitsschutz und die Anonymisierung von Teilnehmerbeziehungen erlaubt (vgl. Winkel 1997: 571 f.): Würden diese Systeme flächendeckend eingesetzt, seien verbale Radikalisierungen, die Verbreitung “antisemitischer, rassistischer, sexistischer oder anderer diskriminierender Nachrichten” (Buchstein 1996: 595) und die Behinderung der freien Rede durch die anonyme Blockierung von Teilnehmerzugängen im Rahmen von “Strafexpeditionen gegen Kritiker” (Buchstein 1996: 595) wahrscheinliche Folgen. Würde die vertraulichkeitsschützende Verschlüsselung dagegen nicht flächendeckend eingesetzt, könne dies eine “Panoptifizierung” (Buchstein 1996: 595; auch Brückmann 1998: 184) bewirken, d.h. der Verwirklichung von Orwells Horrorvision einer gnadenlosen Überwachungsgesellschaft Vorschub leisten. Ein Kompromiss zwischen dem Bestreben, den Wertkanon und die Verfahren der demokratischen Gesellschaft auf der Basis staatlicher Sanktionspotenziale vor Übergriffen zu bewahren, und dem Bestreben, die persönliche Sphäre und die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten – dessen Herausbildung außerhalb der Netzwelt dadurch begünstigt werde, dass sich unter herkömmlichen Bedingungen weder eine totale Überwachung durch den Staat noch eine totale Abschottung des Individuums gegenüber “jeder staatlicher Sanktionskompetenz” (Buchstein 1996: 595) bewerkstelligen lasse – sei innerhalb der Netzwelt aber nicht in Sicht. Mit den Forderungen der Befürworter und der Gegner einer freien vertraulichkeitsschützenden Verschlüsselung trafen zwei unversöhnliche Positionen aufeinander.

Daneben verweisen die Netzpessimisten auf spezielle sozioökonomische Rahmenbedingungen der Entwicklung der Netzwerkkommunikation, um die neutralistischen Konzepte zur politischen Produktivmachung des informationstechnischen Wandels als weitgehend illusionär zu entlarven. So gebe es wegen gravierender intragesellschaftlicher und intergesellschaftlicher Disparitäten keine Möglichkeit, die neutralistische Forderung nach der Gewährleistung eines allgemeinen Netzzugangs auch nur

in Ansätzen zu erfüllen. Schon in hochentwickelten Ländern fehlten in großen Bevölkerungsteilen wesentliche Partizipationsvoraussetzungen, was insbesondere für die Bereiche technisches Wissen, Englischkenntnisse, finanzielle Mittel und technische Zugangsvoraussetzungen gelte. Und selbst dort, wo die materiellen, technischen und intellektuellen Partizipationsvoraussetzungen gegeben seien, könne die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in virtuell abgewickelte politische Prozesse an kulturellen Hemmschwellen scheitern, wie sie etwa unter älteren Menschen häufig anzutreffen seien (vgl. Buchstein 1996: 591). Noch wesentlich bedenklicher stelle sich die Zugangsproblematik dar, wenn man sie in ihrer intergesellschaftlichen Dimension betrachte. In großen Teilen der Welt fehle es nämlich schon an der für die Netzwerkkommunikation erforderlichen Übertragungsinfrastruktur, und zwar nicht nur an Datenleitungen mit hohen Übertragungskapazitäten, sondern bereits an Telefonanschlüssen, was die "Idee von einem universellen, globalen Netzwerkbetrieb auf Hochfrequenz" nicht nur unrealistisch, sondern sogar "lächerlich" erscheinen lasse (Buchstein 1996: 591). Unter diesen Umständen sei eine virtuelle Demokratie entweder als eine neue Form der Elitendemokratie realisierbar oder überhaupt nicht. Was an sozialer, ökonomischer und politischer Kooperation auf der Basis von Netzwerkkommunikation stattfinden könne, sei nicht mehr als eine netzweltliche Verdopplung realgesellschaftlicher Ungleichheit (dies und das Folgende nach Stegbauer 1996: 144): "Gerade diejenigen, die bislang in den politischen Entscheidungsgremien und der publizistischen Öffentlichkeit die geringsten Teilhabemöglichkeiten" gefunden hätten, würden "mit keinem Deut an den neuen Chancen partizipieren können". Die "Chancen für demokratische Mitbestimmung und mehr Bildung würden nur diejenigen ergreifen können, die bisher schon überdurchschnittlich Gelegenheit zur Einmischung" gehabt hätten.⁴

Wie die Netzpessimisten davon ausgehen, dass sich ein allgemeiner Netzzugang selbst bei bestem Willen nicht gewährleisten lässt, halten sie es auch für unmöglich, die ökonomische Überformung der Netzwerkkommunikation und die damit verbundene Marginalisierung des Politischen in der virtuellen Welt dauerhaft zu verhindern. Um diesen Standpunkt zu untermauern, verweisen sie unter anderem auf Erfahrungen, die mit der Entwicklung des Fernsehens in den Vereinigten Staaten gesammelt worden sind (vgl. Buchstein 1996: 592).

⁴ Die dahinter stehende gesamtgesellschaftliche Problematik wird von Meike Zwingenberger (1998) treffend zum Ausdruck gebracht, die sich in Anlehnung an Betrachtungen von Zygmunt Baumann (1997) und Ulrich Beck (1998: 100 f.) zu den Gewinnern und Verlierern von Globalisierungsprozessen mit den Perspektiven der Gemeinschaft im Zeitalter der informationstechnischen Modernisierung auseinandersetzt und dabei zu dem Ergebnis kommt, dass es auch in dieser Hinsicht Gewinner und Verlierer gibt (dies und das Folgende nach Zwingenberger 1998: 238 f.). Zu den Gewinnern zählt sie diejenigen, die als "Digital Citizens" oder "Netizens" nicht nur in technischer, sondern auch in sozialer Hinsicht über grenzüberschreitende Verbindungen verfügen, zu den "Modernisierungsverlierern" diejenigen, die in ihren Lebenswelten auf eine lokale Orientierung und "auf die soziale, politische und wirtschaftliche Organisationsform der Nationalstaaten angewiesen sind". Soziales Engagement, das räumlich gebunden in einer bürgerlichen Gesellschaft dazu beitrage, "positiv bewertete Einheit" zu schaffen, gehe mit der zunehmenden Übertragung von gesellschaftlichen Funktionen auf grenzüberschreitende Telekommunikationsnetzwerke verloren, und die "virtuelle Klasse" entziehe der Gemeinschaft "ökonomisches und soziales Kapital".

4.3.2 Die Empfehlungen der Pessimisten

In Anbetracht der geschilderten Bedenken ist es nur eine logische Konsequenz, dass die Schlussfolgerungen der Pessimisten eher den Charakter von Warnungen als von Empfehlungen haben. Sie wollen die Nutzung der interaktiven Informationstechnologien zu politischen Zwecken in erster Linie auf den zivilgesellschaftlichen Raum fokussiert sehen, und sie raten davon ab, wesentliche Teile des institutionalisierten demokratischen Prozesses unsubstituierbar auf die Netzwerke zu verlagern. Rainer Rilling (1998: 374) bringt dies in dem Satz zum Ausdruck, das Netz sei "kein Ort allgemeiner demokratischer politischer Entscheidungen, aber ein Ort der vielfältigen Kommunikation, ohne die Entscheidungen undemokratisch und ineffektiv" ausfallen müssten. Besonders vehement opponieren die Protagonisten der pessimistischen Position gegen jede Form der virtuellen Demokratie, die geeignet sein könnte, herkömmliche demokratische Entscheidungsverfahren zu verdrängen, was sie mit den Verfechtern eines repräsentationszentrierten Netzoptimismus verbindet. Hubertus Buchstein (1996: 604) spricht in diesem Zusammenhang abwertend von "plebiszitären Push-Button-Abstimmungen", mit deren Durchführung man "politische Partizipation auf den passiven und privaten Akt der Registrierung der eigenen vorgefassten Meinung reduzieren" und sie "zur bloßen Rückmeldung trivialisieren" würde.

5 Die Perspektiven der Kontroverse

Die Frage, ob den Argumenten der Optimisten, der Neutralisten oder der Pessimisten das größere Gewicht beizumessen ist, kann und soll hier natürlich nicht entschieden werden. Alle Positionen, die in der Kontroverse um die demokratischen Potenziale der neuen Informationstechnologien vertreten werden, weisen Stärken und Schwächen auf. Eine Schwachstelle des Netzoptimismus liegt wohl darin, dass er dazu neigt, von den theoretischen Partizipationschancen, die im technologischen Wandel in den Blick geraten, ohne die gebotenen Vorbehalte auf die Rolle der Netzwerkkommunikation in der politischen Praxis der Zukunft zu schließen. Gegen die pessimistische Position ist wiederum einzuwenden, dass sie die Hindernisse, die der Produktivmachung der demokratischen Potenziale der neuen Technologien entgegenstehen, tendenziell überbewertet und dabei stets in der Gefahr schwebt, nicht nur die theoretischen Möglichkeiten der Netzwerkkommunikation aus den Augen zu verlieren, sondern auch die Lernfähigkeit von Politik und Gesellschaft zu unterschätzen. Auf der anderen Seite ist es aber auch durchaus eine wertvolle Leistung, nicht nur die sozioökonomischen Ausgangsbedingungen als Hinderungsgrund einer umfassenden politischen Nutzarmachung der neuen Technologien identifiziert zu haben, sondern auch frühzeitig den in dieser Hinsicht problematischen Charakter der Netzwerkkommunikation als einer Welt erkannt zu haben, die sich von der sogenannten "realen Welt" dadurch unterscheidet, dass ihre zentrale Strukturbedingung nicht das Sowohl-als-auch, sondern das Entweder-oder ist.⁵

⁵ In der Tat wird inzwischen immer deutlicher, dass die von den Netzoptimisten einseitig positiv hervorgehobenen Merkmale der neuen Informationstechnologien – Interaktivität, Multimedialität, Effektivität, Effizienz und Geschwindigkeit, Entwicklungsdynamik und die Möglichkeit, mittels elektronischer Kryptographie nicht nur verbindlich, sondern auch vertraulich zu kommunizieren – in spezifischen Kombinationen negative Synergieeffekte hervorrufen. Neben der Frage der vertraulichkeitsschützenden Verschlüsselung bietet inzwischen auch die

Den Vorwurf, zumindest streckenweise in einem längst überwunden geglaubten technikdeterministischen Denken zu verharren, das von einer einseitigen Überformung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die technische Entwicklung ausgeht, müssen sich Netzoptimisten und Netzpessimisten gleichermaßen gefallen lassen. Die Netzneutralisten erteilen einem solchen Denken dagegen eine Absage, indem sie in der zentralen Frage nach den Perspektiven des demokratischen Systems im elektronischen Zeitalter nicht nur politischen Gestaltungsbedarf, sondern auch politische Gestaltungsfähigkeit unterstellen. Aber gerade darin liegt nun wiederum der Punkt, der die neutralistische Position angreifbar macht, denn natürlich müssen ihre Vertreter den letzten Beweis dafür schuldig bleiben, dass im soziotechnischen Wandel tatsächlich politische Gestaltungsräume existieren. Aus einem solchen Blickwinkel erscheinen nicht Autoren wie Dyson und Rheingold, sondern Autoren wie Barber und Leggewie als die wahren Optimisten.

5.1 Ein pragmatischer Neutralismus als neues Paradigma?

Obwohl in der wissenschaftlichen Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien, in der zuerst das optimistische, dann das neutralistische und schließlich das pessimistische Denken ein Übergewicht gewinnen konnte, die fundamentale Auseinandersetzung um die Frage virulent wird, ob das Projekt der Moderne bzw. das Projekt der Aufklärung im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert als gescheitert anzusehen ist oder nicht, gibt es hier inzwischen gewisse Anzeichen für eine Annäherung der Lager. Eine Sichtweise, die in letzter Zeit nach den Beobachtungen des Verfassers (vgl. Winkel 1999a) zumindest implizit an Gewicht gewinnt, kann man als eine modifizierte Form des Netzneutralismus kennzeichnen, die sich weniger aus Konvergenzen auf der Ebene der theoretischen Reflexion als aus pragmatischem Kalkül speist. Eingedenk der Tatsache, dass eine Voraussetzung von Gestaltbarkeit der Glaube an Gestaltbarkeit ist, wandelt sich die Annahme, dass die informationstechnischen Innovationen für die moderne Demokratie gleichermaßen konstruktive und destruktive Potenziale bergen, und dass prinzipiell die Möglichkeit besteht, die Chancen zu nutzen und die Risiken zu entschärfen, in dieser Variante von einer Grundüberzeugung zu einem zweckoptimistischen Konstrukt. Die Logik dieses Konstruktes kann etwas vereinfachend so zusammengefasst werden: Sollte sich eines fernen Tages herausstellen, dass die Netzoptimisten recht haben, wären alle bis dahin ergriffenen Maßnahmen überflüssig gewesen. Sollte sich eines fernen Tages herausstellen, dass die Netzpessimisten recht haben, wären alle bis dahin ergriffenen Maßnahmen vergeblich gewesen. Aber beides ließe sich immer noch besser hinnehmen, als wenn man eines fernen Tages feststellen müsste, dass wegen einer radikal optimistischen oder einer radikal pessimistischen Lageeinschätzung grundlegende Interventionen versäumt worden wären.

Frage des Schutzes von geistigem Eigentum ein Paradebeispiel für eine solche Tendenz: Während die einen davon ausgehen, dass es künftig mittels neuer kryptographiebasierter Verfahren möglich sein wird, geistiges Eigentum hermetisch gegenüber dem Zugriff Dritter abzuschotten, vertreten andere den Standpunkt, dass jeder Versuch des Schutzes von geistigem Eigentum schon bald zum Scheitern verurteilt sein wird, weil sich die Information unwiederbringlich von ihren Trägermedien gelöst habe (vgl. Barlow 1998). Pragmatische Kompromiss- oder Kompensationslösungen wie der sogenannte Kopierpfennig, mit denen man sich bisher behelfen konnte, verlieren unter derartigen Bedingungen an Bedeutung.

Dabei ist gelegentlich auch zu beobachten, dass selbst profilierte Netzoptimisten oder Netzpessimisten in neutralistischer Manier argumentieren. So konzidiert Esther Dyson, Galionsfigur eines marktorientierten Netzoptimismus, im Dialog mit Claus Leggewie, "das Fehlen jeglicher Regulierung" könne in der Netzwerkkommunikation ein "Chaos" nach sich ziehen und zu einem "dunklen, undurchschaubaren Internet" führen (Dyson/Leggewie 1998: 111).

Die Hinwendung zu einem pragmatischen Neutralismus geht in der Regel mit einem geschärften Bewusstsein für die Tatsache einher, dass die virtuelle Welt der Netze keinen isolierten Raum darstellt, sondern einen, der zu den überkommenen Formen von Öffentlichkeit hinzutritt und von ihnen eingebettet wird. Aus diesem Blickwinkel liegt der Gedanke nahe, die unterschiedlichen Kommunikationsvarianten des "Medienensembles" (Jarren 1998: 14), die als Basis des politischen Willensbildungsprozesses in Betracht kommen, unter Ausnutzung der im soziotechnischen Wandel unterstellten Gestaltungsmöglichkeiten gezielt so zu kombinieren, dass die spezifischen Vorteile genutzt und die spezifischen Nachteile minimiert werden. Nicht nur die politischen Probleme, die aus den Merkmalen und Grenzen der Encounteröffentlichkeit, der Versammlungsöffentlichkeit und der massenmedialen Öffentlichkeit erwachsen⁶, lassen sich vielleicht auf diese Weise entschärfen, sondern auch die aus den Eigenschaften der neuen Informationstechnologien resultierenden Probleme, die den Cyberspace in vielerlei Hinsicht zu einer Welt der schlechten Alternativen und damit in gewissen Punkten zu einer Bedrohung für die erreichten demokratischen Standards machen: So könnte man dort, wo gemeinsame Wahrnehmung und Orientierung erforderlich sind, weiterhin primär auf die überkommenen Massenmedien und insbesondere auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk setzen, und die neuen Anwendungen um diese herum gruppieren. So könnte man dort, wo es auf eine zuverlässige Darstellung komplexer Sachverhalte für breite Adressatenkreise ankommt, im Kern weiter auf schriftliche Kommunikation durch Printmedien setzen, dabei aber die Recherche-, Interaktions- und Präsentationsmöglichkeiten mit den Mitteln der neuen Technologien erhöhen. Und so könnte man dort, wo es auf räumliche Nähe und den zwischenmenschlichen Kontakt in seiner ganzen sozio-emotionalen Breite ankommt, im wesentlichen auf die Gruppenöffentlichkeit setzen und die neuen technischen Instrumente zur Unterstützung herkömmlicher Interaktionsbeziehungen und insbesondere zur Anbahnung von Anschlusskommunikation nutzen. Dies würde allerdings in vielerlei Hinsicht ein Umdenken voraussetzen: Nicht mehr die einzelnen Kommunikationsmedien und Kommunikationsdienste, deren Grenzen angesichts der zunehmenden Konvergenzen ohnehin ständig an Bedeutung verlieren, wären der geeignete Ansatzpunkte für Gestaltungsüberlegungen, sondern die politischen Inhalte und die Kommunikationsbedürfnisse der Akteure.

⁶ Natürlich weist nicht nur die virtuelle Welt der Netze, sondern das gesamte Spektrum der Kommunikationsräume, die für den Transport politischer Inhalte in Frage kommen, Stärken und Schwächen auf: So ist die Gruppenöffentlichkeit dort überfordert, wo es darum geht, eine größere Zahl von Menschen in den Willensbildungsprozess einzubeziehen, so wird die Versammlungsöffentlichkeit den Anforderungen nicht gerecht, die aus der Ausdifferenzierung und Globalisierung der modernen Gesellschaft resultieren, und so provozieren die Einwegkommunikation der Massenmedien und insbesondere die Formatvorgaben und Nachrichtenwertkriterien des Fernsehens sowohl Manipulationen und Inszenierungen als auch die emotionale Aufheizung und die Ausgrenzung von Themen.

5.2 Eine Erweiterung der Diskursperspektive als politik- und kommunikationswissenschaftliches Erfordernis?

Wie bereits deutlich gemacht wurde, konzentriert sich die sozialwissenschaftliche Diskussion um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien zwar nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße auf die Reflexion der kommunikationellen Veränderungen, die im Dreieck von Politik, Bevölkerung und Medien zu beobachten sind. Angesichts der Tatsache, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen immer mehr Kooperationsbeziehungen auf elektronische Netzwerke übertragen werden, stellt sich aber die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, die Kommunikation im Sinne einer gesellschaftlichen Elementaroperation gleichgewichtig in die Betrachtungen einzubeziehen, was die Aufmerksamkeit auch auf grundlegende Probleme wie die der politischen Folgen der Ausdifferenzierung⁷ und der Globalisierung⁸ der modernen Gesellschaft lenken würde.

Die Antworten auf diese Frage können für unterschiedliche Bereiche unterschiedlich ausfallen. So mag es für eine Publizistikwissenschaft, die sich im ursprünglichen Sinn des Wortes als Öffentlichkeitswissenschaft versteht, vielleicht auch unter den veränderten Vorzeichen einer digitalen Informationsgesellschaft noch angemessen sein, die Umgestaltung von Kommunikationsbeziehungen im soziotechnischen Wandel vorrangig als Strukturwandel der Öffentlichkeit zu begreifen. Dies gilt zumindest dann, wenn es ihr gelingt, auf die Auflösung der Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und auf die vielfältigen Konvergenzen im technischen Bereich durch die Entwicklung neuer analytischer Kategorien angemessen zu reagieren. Ob dies ebenfalls für eine breiter angelegte Kommunikationswissenschaft und für eine Politikwissenschaft gelten kann, deren Erkenntnisinteresse sich traditionell auf das ge-

⁷ Zur Erläuterung des Verhältnisses von Technisierung und Differenzierung bietet es sich an, beim Autopoiesisbegriff anzusetzen, der aus der funktionalistischen Systemtheorie stammt (vgl. Luhmann 1987). Autopoiesis steht für die stetige Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme, die unterschiedlichen Funktionslogiken folgen und sich daher immer weiter voneinander abschotten. Weil die Individuen in ihren konkreten Lebenswelten in die unterschiedlichsten Teilsysteme eingebunden und den widerstreitenden Imperativen der jeweiligen Funktionslogiken ausgesetzt ist, führen die autopoetischen Entwicklungen dazu, dass sich das menschliche Dasein immer komplexer und unübersichtlicher gestaltet und immer stärker von Paradoxien geprägt wird. Weil der Umfang und die Geschwindigkeit von Differenzierungsprozessen in hohem Maße von den Dimensionen der Kommunikationsräume abhängen, in denen sich Menschen finden, austauschen und organisieren können, zählen die informationstechnischen Innovationen zu den Auslösern und wesentlichen Triebkräften der autopoetischen Entwicklungen: Während Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen, die den individuellen Präferenzen widersprechen und daher kollektivierend wirken, innerhalb einer kleineren sozialen Einheit wie einer dörflichen Gemeinschaft noch die Regel sind, ist ihre Bedeutung in einer größeren sozialen Einheit wie einer städtischen Metropole schon geringer. Zur Ausnahme werden sie aber erst dort, wo die Interaktionsmöglichkeiten sozusagen in das Grenzenlose wachsen, was in der virtuellen Welt der Netzwerkkommunikation der Fall ist (vgl. Winkel 1999b: 14 f.).

⁸ Der Globalisierungsbegriff dient in einer politisch-ökonomischen Lesart zur Bezeichnung eines stetig "fortschreitenden Prozesses weltweiter Arbeitsteilung" (Klein/Schubert 1997: 123). Betrachtet man soziale Beziehungen auf einer grundlegenden Ebene als Austauschbeziehungen, die sich in den Dimensionen von Materie, Energie und Information vollziehen (vgl. Spinner 1995: 126), wird der enge Zusammenhang von informationstechnischen Innovationen und den Globalisierungsprozessen des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts deutlich: Lässt sich der Umstand, dass Interaktionen, die wie Softwaretransfers und Finanztransaktionen im wesentlichen auf den Austausch von Informationen beschränkt sind, zunehmend auf transnationalem und globalem Niveau abgewickelt werden, doch unmittelbar auf die weltweite Ausbreitung der digitalen Netzwerke zurückführen (vgl. Winkel 1999b: 16 f.).

samte Spektrum politischer und politisch relevanter Phänomene erstreckt, darf allerdings bezweifelt werden: Verändern sich mit dem Eintritt der demokratischen Gesellschaft in das elektronische Zeitalter doch nicht nur die Arenen des politischen Prozesses, sondern ebenso die gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen, auf deren Bearbeitung der politische Prozess abzielt.

Um was es hier geht, kann man sich am Beispiel der bedenklichen Entwicklungen vor Augen führen, die in der Fachwelt unter dem Schlagwort symbolische Politik diskutiert werden. In seiner negativen Konnotation steht dieser Begriff für Politiker, die mit Journalisten ein Zweckbündnis eingehen, um politische Themen "als kommunikative Kunstprodukte" (so Sarcinelli 1987: 24) im Rahmen eines "permanenten Tausches von Information gegen Publizität" (so Tenscher 1998: 203) publikumswirksam zu vermarkten, ohne den "Worthülsen und Inszenierungen" (so Holtz-Bacha 1997: 18) Taten folgen zu lassen, so dass drängende gesellschaftliche Probleme unbewältigt bleiben.

Betrachtet man dieses Phänomen in der gemeinhin üblichen Weise - also fokussiert auf die Kommunikation im Dreieck von Politik, Bevölkerung und medial vermittelter Öffentlichkeit - gewinnt man den Eindruck, dass das Vordringen symbolischer Politik auf Kosten materieller Politik im wesentlichen auf die schädlichen Wirkungen der Formatkriterien und Nachrichtenwertkriterien des Leitmediums Fernsehen zurückzuführen ist (vgl. Staab 1990). Die Essenz derartiger Interpretationen lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: In der modernen Gesellschaft bildet die Fernsehöffentlichkeit die entscheidende Basis des politischen Prozesses. Was sich einer fernsehformatgerechten "Visualisierung, Inszenierung, Ritualisierung, Emotionalisierung" und "Personalisierung" (Tenscher 1998: 191) entzieht, und was zudem den Anforderungen von "Negativismus" und "Sensationalismus" (Sarcinelli 1997: 333) nicht gerecht wird, ist in der Fernsehgesellschaft aber kaum vermittelbar und damit auch kaum politisierbar. Unter diesen Bedingungen wird nicht die faktische Problembearbeitung, sondern die medienwirksame Vortäuschung von Problembearbeitung über die Zuteilung von Publizität positiv sanktioniert, so dass nicht politische Akteure erfolgreich sind, die sich um die Bewältigung konkreter Herausforderungen verdient machen, sondern solche, die über "Mediengewandtheit, Telegenität und ein fernsehtaugliches Charisma" (Tenscher 1998: 191) verfügen. Wer eine solche Lageeinschätzung teilt, kommt kaum um die Schlussfolgerung umhin, dass die Förderung der neuen informationstechnischen Anwendungen tatsächlich ein geeignetes Mittel ist, um das Gleichgewicht zwischen symbolischer und materieller Politik wiederherzustellen: Bietet sich hier doch prinzipiell die Chance, die übermächtige Bedeutung des Fernsehens und seiner Formatkriterien und Nachrichtenwertkriterien für die Vermittlung von Politik und damit auch für die Politik selbst auf ein verträgliches Maß zurückzuschrauben.

Betrachtet man die Problematik dagegen aus einer umfassenderen Perspektive, die die Kommunikation als gesellschaftliche Elementaroperation in den Vordergrund rückt, ergibt sich ein anderes Bild: Die neuen Informationstechnologien erscheinen dann primär als Faktoren, die Gesellschaft und Staat vor gravierende Steuerungsprob-

leme stellen, welche vor allem aus bisher nie gekannten Differenzierungs-⁹ und Globalisierungsschüben¹⁰ resultieren. Wenn man - um die Argumentation aus Gründen der Anschaulichkeit auf die Spitze zu treiben - davon ausgeht, dass die Problembearbeitungsfähigkeit des überkommenen politisch-administrativen Systems einem stetigen Auszehrungsprozess unterworfen ist, weil seine Handlungsmöglichkeiten mit dem Fortschreiten dieser Entwicklungen gleich von zwei Seiten immer stärker in Frage gestellt werden, gewinnt die Aussage von Fritz Scharpf (1991), den politischen Funktionsträgern werde gemeinhin weit mehr Ereignisbeherrschung zugeschrieben als diese auch unter günstigsten Umständen haben könnten, eine neue Aktualität: Bleibt den professionellen Politikern unter den grundlegend veränderten Bedingungen der digitalen Informationsgesellschaft vielleicht in vielen Fällen gar nichts anders mehr übrig, als sich in ihrem Handeln weitgehend auf publikumsträchtige Symbolik zu beschränken? Sollte dies zutreffen, wäre jeder Versuch, die Asymmetrien zwischen symbolischer und materieller Politik einseitig über die Förderung informationstechnischer Innovationen abzubauen, nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern sogar kontraproduktiv.

Auch wenn dieses Beispiel überzogen erscheint und die Argumente einer detaillierten Kritik vielleicht nicht in allen Punkten standhalten könnten, macht es doch deutlich, dass man ohne die geforderte Ausweitung der Diskursperspektive Gefahr läuft, Phänomene und Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren, die für die Entwicklung des demokratischen Systems im informationstechnischen Wandel wesentlich sind.

6 Schlussbetrachtungen

Jede der Positionen, die in der Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien vertreten werden, ist schon deshalb als prinzipiell wertvoll anzusehen, weil sie uns hilft, Klarheit darüber zu gewinnen, welche Probleme der modernen Demokratie im Übergang in das Stadium der digitalisierten Informationsgesellschaft erwachsen, und welche Entwicklungen uns als wünschenswert und welche uns als nicht wünschenswert erscheinen. Angesichts der damit verbundenen immensen Herausforderungen liegt der Schluss nahe, dass die Produktivmachung der neuen Technologien für die Fortentwicklung des politischen Systems

⁹ Die autopoetische Ausdifferenzierung bildet eine wesentliche Ursache der politischen Steuerungskrise, weil mit dem Fortschreiten der Differenzierungsprozesse auf der Ebene der Systeme und der Zunahme von Komplexität und Unübersichtlichkeit auf der Ebene der Lebenswelten ein wachsender Bedarf an dezentralen, auf die konkreten Belange von einzelnen Sachbereichen und Räumen zugeschnittenen Steuerungsleistungen entsteht, dem das parlamentarisch-repräsentative System häufig nicht in ausreichendem Maße nachkommen kann, weil die Entscheidungsträger von den Problemen zu weit entfernt sind, um sie in der erforderlichen Weise nachvollziehen und in angemessener Zeit bearbeiten zu können.

¹⁰ Die fortschreitende Globalisierung der modernen Gesellschaft stellt neben der untrennbar mit ihr verwobenen autopoetischen Ausdifferenzierung vor allem deshalb eine weitere wesentliche Ursache der politischen Steuerungskrise dar, weil die primär nationalstaatlich organisierte Politik mit der Bearbeitung von Problemen, die grenzüberschreitende Dimensionen aufweisen, häufig überfordert ist. Oder um es mit den Worten von Ulrich Beck zu sagen: Globalisierung ist ein Prozess, der den Nationalstaat unterläuft und relativiert, "weil eine multiple, nicht ortsgebundene Vielheit von sozialen Kreisen, Kommunikationsnetzwerken, Marktbeziehungen, Lebensweisen die territorialen Grenzen des Nationalstaates quervernetzt" (Beck 1998: 18). Was die Lage weiter erschwert, ist der Umstand, dass strukturelle Reformen, die den globalisierungs- und differenzierungsbedingten Steuerungsproblemen entgegenwirken, oft mit Legitimitätsverlusten bezahlt werden müssen (vgl. Zürn 1996).

und der politischen Kultur nur im Rahmen von sozialen Lern- und Gestaltungsprozessen gelingen kann, die von allen wesentlichen Kräften einschließlich der Wissenschaft¹¹ getragen werden. Dass sich derzeit die Anzeichen für die Verbreitung eines Denkens mehren, wie es oben unter dem Stichwort pragmatischer Neutralismus angesprochen wurde, ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen: Verringert sich dadurch doch die Gefahr, dass die erforderlichen Lern- und Gestaltungsprozesse durch theoretische Divergenzen behindert oder gar durch ideologische Grabenkämpfe blockiert werden.

Ob der hier favorisierte Gedanke eines pragmatischen Neutralismus trotz nach wie vor deutlich vernehmbarer Gegenstimmen¹² in der Diskussion um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien tatsächlich eine zentrale Bedeutung gewinnen kann, und ob es tatsächlich zu der hier geforderten Ausweitung der Diskursperspektive kommen wird, bleibt natürlich abzuwarten. Nicht nur, was den erstgenannten, sondern auch was den letztgenannten Punkt angeht, scheint allerdings ein vorsichtiger Optimismus gerechtfertigt zu sein: Die Forderung, neben der Kommunikation im Dreieck von Politik, Bevölkerung und Medien auch die Kommunikation als gesellschaftliche Elementaroperation gleichgewichtig in die Betrachtungen einzubeziehen, um neben der Veränderung der Arenen des politischen Prozesses auch die Veränderung der den Gegenstand des politischen Prozesses bildenden Probleme adäquat zu erfassen, ist nämlich nicht so weitgehend, wie sie sich auf den ersten Blick darstellt. Denn in vielen Fällen wird es zur Ausweitung der Perspektive ausreichen, auf Befunde und Diagnosen aus anderen Bereichen zurückzugreifen, etwa aus speziellen Bereichen der sozialwissenschaftlichen Technikfolgenforschung und der Lehre von den internationalen Beziehungen. Auch hier gilt der Satz, dass es unter den Bedingungen zunehmender Komplexität, Kompliziertheit, Kontingenz und Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen weniger auf die weitere Ausdifferenzierung der Perspektiven einzelner Diskurse ankommt als darauf, die Perspektiven unterschiedlicher Diskurse miteinander zu vernetzen.

Literaturverzeichnis

- Agre, Philip* (1997): Building an internet culture. In: *Revista USP*, Nr. 3, S. 112-117.
- Ahlemeyer, Heinrich* (1990): Funktionale Differenzierung und die Konstruktion technischer Risiken. In: *Tschiedel, Robert* (Hrsg.): Die technische Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit. München, S. 193-207.
- Barber, Benjamin* (1994): *Starke Demokratie*. Hamburg.
- Barber, Benjamin* (1995): *Jihad versus McWorld*. New York.
- Barber, Benjamin* (1998): Wie demokratisch ist das Internet? In: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.): *Internet und Politik*. Köln, S. 120-133.

¹¹ Die Sozialwissenschaften müssen ihre Rolle in den anstehenden Gestaltungsprozessen erst noch finden. Die Richtung der Aktivitäten ist allerdings vorgegeben: Schon deshalb, weil unterschiedliche Phänomene, die im politischen Bereich zu einer Steuerungskrise geführt haben, im sozialwissenschaftlichen Bereiche einer Erkenntnis Krise Vorschub leisten, deren Folgen in irgendeiner Weise kompensiert werden müssen, erscheint eine enge und partnerschaftliche Kooperation von Theorie und Praxis heute wichtiger als jemals zuvor.

¹² Eine starke Gegenposition geht davon aus, dass die politische Kommunikation mit der zunehmenden Übertragung sozialer Funktionen auf elektronische Netzwerke, durch die sich der Übergang der demokratischen Gesellschaft in das Stadium der digitalisierten Informationsgesellschaft auszeichnet, zwangsläufig in den Sog einer kaum zu kontrollierenden Technisierung geraten muss, die in den Bereichen des politischen Systems und der politischen Kultur nicht nur zu ungeplanten, sondern auch zu unerwünschten Ergebnissen führt.

- Barlow, John Perry* (1998): Wein ohne Flaschen. In: *Bollmann, Stefan* (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien. Reinbek, S. 83-112.
- Baumann, Zygmunt* (1997): Schwache Staaten. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Kinder der Freiheit, S. 323-331.
- Beck, Ulrich* (1998): Was ist Globalisierung? Frankfurt/Main.
- Benhabib, Seyla* (1994): Deliberative democracy. In: *Constellations*, Nr. 1, S. 30-51.
- Brückmann, Jürgen* (1998): Datennetze. In: *Bollmann, Stefan* (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien. Reinbek, S. 167-191.
- Buchstein, Hubertus* (1996): Bittere Bytes. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 4, S. 583-607.
- Danilenko, Leo* (1998): Von Netzen im Kopf zu Netzen auf Draht. In: *Görres-Everding, Christiane/Weber, Richard* (Hrsg.): Die Kultur und die Medien. Bonn, S. 42-57.
- Dierkes, Meinolf* (1986): Technikfolgenabschätzung als Interaktion von Sozialwissenschaften und Politik. In: *Hartwich, Hans-Hermann* (Hrsg.): Politik und die Macht der Technik. Opladen, S. 144-161.
- Dyson, Esther* (1997): Release 2.0. New York.
- Dyson, Esther/Leggewie, Claus* (1998): Lasst die Inhalte für sich selbst streiten. In: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.): Internet und Politik. Köln, S. 111-119.
- Gellner, Wienand* (1998): Das Ende der Öffentlichkeit? In: *Gellner, Wienand/Korff, Fritz von* (Hrsg.): Demokratie und Internet. Baden-Baden, S. 11-24.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm* (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Berlin.
- German, Christiano* (1996): Politische Wege in die globale Informationsgesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 32, S. 16-25.
- Gröndahl, Boris* (1998): Abschied von der Subkultur? In: *Die Zeit*, Nr. 2 vom 15. Januar, S. 62.
- Habermas, Jürgen* (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: *Habermas, Jürgen* (Hrsg.): Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt/Main, S. 141-162.
- Hagen, Martin* (1996): A road to electronic democracy? In: *Kleinsteuber, Hans* (Hrsg.): Der Information Super Highway. Opladen, S. 63-85.
- Hauffe, Heinz* (1998): Die elektronische Revolution und ihre Auswirkungen auf Verlage und Bibliotheken. In: *Bollmann, Stefan* (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien. Reinbek, S. 145-156.
- Holtz-Bacha, Christina* (1997): Das fragmentierte Medienpublikum. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 42, S. 13-21.
- Jarren, Otfried* (1998): Internet. Neue Chancen für die politische Kommunikation? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 40, S. 13-21.
- Kaase, Max* (1991): Massenkommunikation. In: *Nohlen, Dieter* (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. München, S. 366-371.
- Kaase, Max* (1998): Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik. In: *Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn, S. 24-51.
- Katz, John* (1995): The age of pain. In: *Wired*, Nr. 10 vom 1. Mai, S. 10-12.
- Kevenhörster, Paul* (1984): Politik im elektronischen Zeitalter. Baden-Baden.
- Kevenhörster, Paul* (1997): Politikwissenschaft. Band 1: Entscheidungen und Strukturen in der Politik. Opladen.
- Klein, Martina/Schubert, Klaus* (1997): Das Politiklexikon. Bonn.
- Kleinsteuber, Hans* (1991): Medienpolitik. In: *Nohlen, Dieter* (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. München, S. 371-373.
- Kopp, Reinhold* (1998): Medienrechtliche Aspekte eines multimedialen Netzwerkes. In: *Görres-Everding, Christiane/Weber, Richard* (Hrsg.): Die Kultur und die Medien. Bonn, S. 88-97.
- Kubicek, Herbert* (1998a): Das Internet 1995-2005. In: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.): Internet und Politik. Köln, S. 55-69.
- Kubicek, Herbert* (1998b): Die Medien- und Kommunikationspolitik in und nach der Ära Kohl. In: *Wissenschaftsnotizen*. Nr. 13, S. 48-56.
- Kubicek, Herbert* (1999): Was versteht man unter allgemeinem Zugang und worauf kommt es an? In: *Kubicek, Herbert/Braczyk, Hans-Joachim* (Hrsg.): Multimedia und Verwaltung. Heidelberg, S. 332-338.
- Leggewie, Claus* (1998a): Demokratie auf der Datenautobahn. In: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.): Internet und Politik. Köln, S. 15-51.
- Leggewie, Claus* (1998b): Enteignet Bill Gates? In: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.): Internet und Politik. Köln, S. 207-222.
- Luhmann, Niklas* (1987): Autopoiesis als soziologischer Begriff. In: *Haferkamp, Hans/Schmidt, Michael* (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung. Frankfurt/Main, S. 307-324.
- Marschall, Stefan* (1997): Politik Online. In: *Publizistik*, 42 Jg., S. 304-324.
- Negroponte, Nicholas* (1995): Beeeing digital. New York.
- OECD* (Hrsg.) (1999): The Economic and Social Impact of Electronic Commerce. Paris.
- Rheingold, Howard* (1991): Electronic democracy. In: *Whole Earth Review*, Nr.1, S. 4-6.

- Rheingold, Howard* (1994): Virtuelle Gemeinschaft. Bonn 1994.
- Rheingold, Howard* (1998): Die Zukunft der Demokratie und die vier Prinzipien der Computerkommunikation. In: *Bollmann, Stefan* (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien. Reinbek, S. 192-200.
- Rilling, Rainer* (1998): Marktvermittelt oder selbstorganisiert? Zu den Strukturen von Ungleichheit im Netz. In: *Leggewie, Claus/Maar, Christa* (Hrsg.): Internet und Politik. Köln, S. 366-377.
- Roßnagel, Alexander* (1995): Die Verletzlichkeit der Informationsgesellschaft und rechtlicher Handlungsbedarf. In: *Kreowski, Hans-Jörg* (Hrsg.): Realität und Utopien der Informatik. Münster, S. 56-70.
- Roßnagel, Alexander* (1996): Die Infrastruktur sicherer und verbindlicher Telekommunikation. Bonn.
- Sarcinelli, Ulrich* (1987): Symbolische Politik. Opladen.
- Sarcinelli, Ulrich* (1997): Demokratiewandel im Zeichen medialen Wandels? In: *Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer* (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn, S. 314-345.
- Scharpf, Fritz* (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 3, S. 621-234.
- Schulz, Winfried* (1997): Neue Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 42, S. 3-12.
- Siegele, Ludwig* (1996): Achtung, Cyberpolitik. In: Die Zeit, Nr. 10 vom 10. Mai, S. 3.
- Snider, James* (1994): Democracy online. In: The Futurist, Nr. 1, S. 15-25.
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm* (1997): Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Spinner, Helmut* (1995): Informations- und Kommunikationsgesellschaft. In: *Schäfers, Bernhard* (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen, S. 126-134.
- Staab, Joachim* (1990): Nachrichtenwerttheorie. Freiburg.
- Steffani, Winfried* (1979): Parlamentarische und präsidientielle Demokratie. Opladen.
- Stegbauer, Christian* (1996): Euphorie und Ernüchterung auf der Datenautobahn. Frankfurt/Main.
- Stoll, Clifford* (1995): Silicon Snake Oil. London.
- Tenscher, Jens* (1998): Politik für das Fernsehen - Politik im Fernsehen. In: *Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn, S. 184-208.
- Thome, Rainer/Schinzer, Heiko* (1997): Marktüberblick Electronic Commerce. In: *Thome, Rainer/Schinzer, Heiko* (Hrsg.): Electronic Commerce. München, S. 1-17.
- Toffler, Alvin* (1993): Machtbeben. Düsseldorf.
- Uppendahl, Herbert* (1981): Repräsentation und Responsivität. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 12, S. 123-135.
- Vowe, Gerhard* (1999): Medienpolitik zwischen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. In: Publizistik, 44. Jg., S. 395-415.
- Winkel, Olaf* (1997): Private Verschlüsselung als öffentliches Problem. In: Leviathan, Nr. 4, S. 567-586.
- Winkel, Olaf* (1998): Electronic Commerce. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43 Jg., S. 288-291.
- Winkel, Olaf* (1999a): Demokratie und Internet. Rezension. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 1, S. 202-207.
- Winkel, Olaf* (1999b): Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert. Münster.
- Winkel, Olaf* (2000): Sicherheit in der digitalen Informationsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 41-42, S. 19-30.
- Wittkämper, Gerhard* (1988): Telematik und kommunikative Demokratie. In: Universitas, Nr. 4, S. 480-489.
- Wolf, Fritz* (1997): Alle Politik ist medienvermittelt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 42, S. 26-13.
- Zürn, Michael* (1996): Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 1, S. 27-55.
- Zwingenberger, Meike* (1998): Gemeinschaftsformen in der globalen Informationsgesellschaft In: *Gellner, Wienand/Korff, Fritz von* (Hrsg.): Demokratie und Internet. Baden-Baden, S. 227-239.